



TIMO VOGT / PICTUREALLIANCE / DPA



Stoiber, Gabriel

Demonstration
in Gorleben

JOERG KOCH / DDP

THOMAS KOEHLER/PHOTOTHEK.NET

REGIERUNG

Atom-Endlager spaltet Koalition

CSU-Chef Edmund Stoiber will den Plan von Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) stoppen, nach Alternativen zu einem Atommüll-Endlager im niedersächsischen Gorleben zu suchen – und stößt damit auf Widerstand beim Koalitionspartner SPD. „Ich plädiere dafür, die Verfahren und Untersuchungen zur Endlagerung in Schacht Konrad und Gorleben zum Abschluss zu bringen und dann in der Koalition eine Entscheidung zu treffen“, sagt Stoiber. Ein Endlagersuchgesetz, wie es Gabriel plant, sei „in der Koalition nicht durchsetzbar“. Ein solches Gesetz würde zu erheblichen Mehrkosten und weiteren Verzö-

gerungen führen. Stoiber: „Dies stünde im Widerspruch zur Koalitionsvereinbarung, wonach die Lösung der Endlagerfrage ‚zügig und ergebnisorientiert‘ anzugehen ist.“ In den Standort Gorleben und in den für schwach radioaktive Abfälle vorgesehenen Schacht Konrad wurden bisher rund 2,1 Milliarden Euro investiert. Die SPD hält dagegen: „Die Standortfrage für das Endlager für hoch radioaktive Abfälle ist ungeklärt“, so Vizekanzler Franz Müntefering; es sei „sinnvoll, einen Findungsprozess verbindlich zu vereinbaren“. Der Hintergrund des Streits: Gabriel arbeitet seit Monaten an einem Endlagerkonzept, das er eigentlich im Herbst vorlegen wollte. Doch eine erste Beratung des Themas zwischen den Spitzen der Großen Koalition verlief am vorigen Mittwoch ergebnislos. Sein Ziel sei es, so Gabriel, den „bestgeeigneten“ Standort zu finden. In der Union wird befürchtet, dass der Umweltminister die Suche dazu nutzen könnte, in schwarzen Bastionen wie Bayern und Baden-Württemberg Probebohrungen vornehmen zu lassen. Ein CDU-Minister zu Gabriel: „Unsere Leute trauen Ihnen nicht.“

KOFFERBOMBEN

Vernehmung in Beirut

Die Bundesanwaltschaft darf nun doch einen der beiden mutmaßlichen Kofferbomber, den Libanesen Dschihad Hamad, selbst verhören. Am vergangenen Donnerstag traf ein Bundesanwalt in Beirut ein, der Hamad Anfang der Woche gemeinsam mit einem libanesischen Untersuchungsrichter befragen soll. Bislang durften die Deutschen nur einmal 45 Minuten lang bei einer Vernehmung zuhören. Hamads Angaben kommt entscheidende Bedeutung bei der Aufklärung der gescheiterten Anschläge zu: Auf seine Aussagen stützt sich hauptsächlich der Haftbefehl



Hajdib auf dem Kölner Hauptbahnhof

gegen den mutmaßlichen „dritten Mann“, den Syrer Fadi al-S. In der Vernehmung hatte Hamad ausgesagt, Fadi al-S. habe „Ahnung von Computern“ und den zweiten mutmaßlichen Koffer-

bomber Youssef al-Hajdib „in Computerangelegenheiten unterstützt“. Bei gemeinsamen Internet-Recherchen seien „insbesondere Anleitungen zum Bau von Bomben von Interesse gewesen“. Den Koffer habe ein Marokkaner aus Düsseldorf besorgt. Libanesischen Angaben zufolge hatte Hajdibs Vater eine führende Rolle bei den Protesten gegen die Mohammed-Karikaturen gespielt, er sei bei einer gewalttätigen Demonstration gegen das Beirut-Uno-Büro aufgefallen. Am Rande der Innenministerkonferenz am vergangenen Montag erklärten hochrangige Ermittler weitere Details der geplanten Anschläge auf zwei Regionalzüge: So sei den Brandsätzen Speisestärke beigelegt worden, mit der Absicht, Verletzungen zu verstärken.